

HN 15/6.25

# Radverkehr soll in NRW per Gesetz gestärkt werden

Erfolg einer Volksinitiative, die mehr als 200.000 Unterschriften gesammelt hat: Minister Wüst legt Eckpunkte vor

**DÜSSELDORF** Die Stärkung des Radverkehrs in NRW durch ein eigenes Gesetz rückt näher. Das Verkehrsministerium hat jetzt Eckpunkte fertiggestellt, wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) erfuhr. Ein Viertel des Verkehrsaufkommens soll demnach künftig auf das Rad entfallen. „Wir bekennen uns damit zu den Zielen der Volksinitiative ‚Aufbruch Fahrrad‘“, sagte Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) auf Anfrage. „Wir machen das Fahrrad zu einem eigenständigen Verkehrsmittel für den Alltag.“

Dafür solle ein landesweites Netz hochwertiger Radwege geschaf-

fen und das Rad mit anderen Verkehrsmitteln beispielsweise über „Bike&Ride“-Angebote, Mobilstationen und Fahrrad-Garagen an Verkehrsknotenpunkten vernetzt werden.

Die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ hatte fast 207.000 Unterschriften gesammelt. Sie fordert unter anderem 1000 Kilometer neue Radschnellwege, Fahrradparkplätze, E-Bike-Lade-

NRW will mehr für den Radverkehr tun.



FOTO: IMAGO/K-P WOLF

stationen und die kostenlose Radmitnahme im Nahverkehr. Ihr Ziel ist, dass sich der Anteil des Radverkehrs in NRW bis 2025 von acht auf 25 Prozent erhöht.

Radschnellwege sowie regionale und kommunale Radwegetze sollen den Eckpunkten des Ministeriums zufolge bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dafür soll ein Bedarfsplan aufgestellt werden. Ziel des Landes sei, mittelfristig finanzielle Mittel für den Bau von Radwegen in gleicher Höhe wie für

den Bau von Landesstraßen bereitzustellen. Der Erhalt und die Sanierung der bestehenden Radwege soll vorangetrieben werden. Auch Wirtschafts- und Betriebswege sollten möglichst umfassend für den Radverkehr freigegeben werden.

Es müsse aber auch attraktive, barrierefreie Gehwege – möglichst baulich getrennt von Radwegen – geben, um für „ein vernünftiges Miteinander von Fußgängern und Radfahrern“ zu sorgen, sagte Wüst.

Das Fahrrad sei klimafreundlich und gesundheitsfördernd, heißt es in dem Entwurf. Besonders auch Pedelecs oder E-Bikes seien eine ide-

ale Ergänzung zum öffentlichen Personennahverkehr. Sie machten das Fahrrad auch für längere Pendel-Distanzen attraktiv, sagte Wüst. Lastenräder sollen nach Plänen der Landesregierung etwa durch steuerliche Entlastungen für Betriebe attraktiver gemacht werden.

Alternativ zu einer Mitnahme etwa in Bahnen soll der Bau von sicheren Radabstellanlagen an Haltestellen gefördert werden. Die Mitnahme von Fahrrädern stehe vor allem zu Stoßzeiten im Konflikt mit dem Ziel, mehr Menschen für die Nutzung des ÖPNV zu gewinnen, heißt es. (dpa)